

Landkreis Lauban

Kiesdorf

Leuba

Reutnitz

Dittersbach

OSTRITZ

Grünau

Bumberg

KLOSTER
WALD

Maximthal

Burkersdorf

Schlegel

Königshain

Witzdorf

Oberseifersdorf

Dittelsdorf

Seifendort

Witzendorf

Hirschfelde

Dornshaindorf

Radgen

Torchau

Kunnersdorf

Friedersdorf

Reichenau

GROTTAU

Kleinschönu

Reibersdorf

Oberullersdorf

Oppersdorf

Lichtenberg

Görsdorf

GROTTAU

S u d e r e n g a u

- 1 Bis heute wird eine heftige Kontroverse geführt, ob der sowjetische Staatsführer Josef Stalin bei den Verhandlungen zur künftigen Grenzziehung die Glatzer oder die Lausitzer Neiße gemeint habe.
- 2 Niels von Redecker, Die polnischen Vertreibungsdekrete und die offenen Vermögensfragen zwischen Deutschland und Polen, Frankfurt am Main 2003.

(Rybarzowice), Reichenau (Bogatynia), Reutnitz (Reczyn), Rohnau (Trzciniec), Rusdorf (Posada), Kleinschönau (Sieniawka), Schönfeld (Lutogniewice), Seitendorf (Zatonie), Sommerau (Białopole), Trattlau (Kostrzyna), Türchau (Turossów), Weigsdorf (Wigancice Żytawskie) bis nach Oberullersdorf (Kopaczów) im Süden, dessen eine Dorfhälfte (Böhmisch-Ullersdorf, heute Oldřichov na Hranicích) bereits in Böhmen resp. heute tschechischem Staatsterritorium liegt.

Unter diesen Orten war auch die sich auf dem Weg zur Stadt befindliche Gemeinde Reichenau, die sich zum Zentrum des Zittauer Zipfels entwickelte und am stärksten von der zunehmenden Industrialisierung im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert profitierte. 1943 war die Bevölkerung auf knapp 7.000 Einwohner angewachsen. Auch für andere Dörfer bahnte sich dieser Weg an wie Königshain mit 1.380 Einwohnern (1943) oder Seitendorf mit gar 2.638 Einwohnern (1943), während etwa Trattlau mit lediglich 206 Einwohnern (1943) zu Buche schlug. Insgesamt zählte der Zittauer Zipfel bei der letzten Volkszählung vor Kriegsbeginn 1939 rund 24.000 Einwohner.

Bei Kriegsende war aber die Bevölkerung um ein Vielfaches angewachsen, denn längst hatte sich der Flüchtlingsstrom aus Schlesien und auch Böhmen hierher ergossen. Unmittelbar

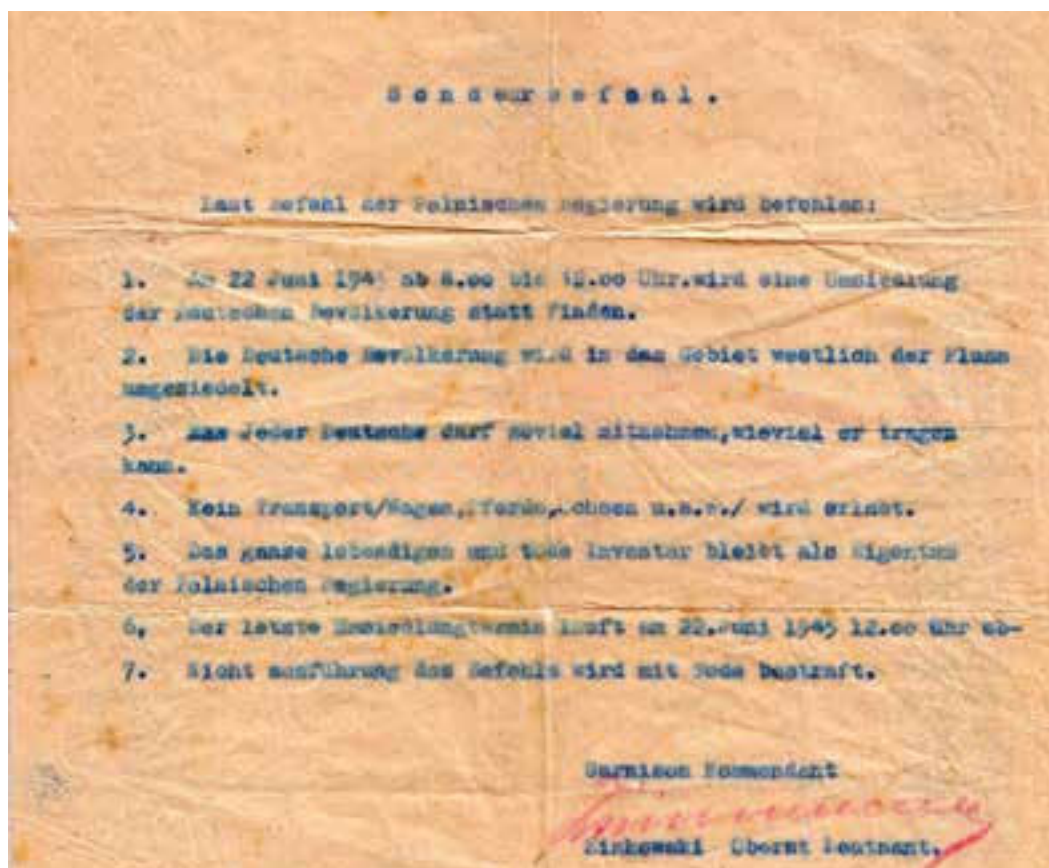
nach Kriegsende stand zunächst noch nicht fest, ob die Glatzer oder die Lausitzer Neiße die neue Grenze bilden sollte, so dass die rechtsneißischen Gebiete mit Flüchtlingen aus Schlesien überfüllt waren.

Auch auf sowjetischer Seite war wohl zunächst unklar, wo die künftige Grenze verlaufen sollte,¹ als dann durch das polnische Verteidigungsministerium Fakten geschaffen wurden. Am 20. Juni 1945 wurde die Lausitzer Neiße als Demarkationslinie festgelegt und zur Umsetzung entsprechende militärische Maßnahmen beschlossen. Im Verlauf der sog. Militäraussiedlung² erging am 21. Juni 1945 an die deutschen Bewohner des Zittauer Zipfels der Sonderbefehl des polnischen Garnisonskommandanten Oberstleutnant Zinkowski, dass sie am folgenden Tag, am Freitag den 22. Juni, binnen vier Stunden ihre Häuser zu verlassen hätten.

Der Aussiedlungsbefehl in holprigem Deutsch wurde den Ortsbürgermeistern zugestellt und dort von den Gemeindedienern oder anderen Personen bekannt gemacht. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht, zumal viele schon in der Erwartung waren, bald ihren Hof verlassen zu müssen, denn wenige Tage zuvor hatte sich bereits das Gerücht verbreitet, dass man Haus und Hof vorübergehend verlassen müsse, damit die polnische Armee ungestört plündern

Ausweisungsbefehl vom 21. Juni 1945. Die Abschriften variieren geringfügig, da alle Ortsbürgermeister ein maschinenschriftliches Exemplar erhielten.

© Sammlung Tilo Böhmer, Ostritz



könne. Aber nach drei bis vier Tagen könne man dann wieder zurück.

Nun also der Aussiedlungsbefehl, der noch nicht einmal einen Zielort nannte. Im Räumungsbefehl hieß es lediglich, die deutsche Bevölkerung würde „in das Gebiet westlich der Fluss [sic!] umgesiedelt“. Wer sich der Anordnung widersetzte, dem drohte die Todesstrafe. Und weiter hieß es: „Jeder Deutsche darf soviel mitnehmen, wieviel er tragen kann“. Pferde und Kühe, nicht einmal Ziegen und Hühner durfte man mitnehmen, wenngleich es hier und da gelang, ein Huhn unter der Jacke zu verstecken. Schon gar nicht war die Mitnahme von Maschinen und Ackergerät erlaubt. Schnell wurden wenige Habseligkeiten zusammengepackt und sich auf der Straße eingereiht, wo sich bereits ein endloser Strom Richtung Neißebrücken in Bewegung gesetzt hatte.

Niemand wusste so genau, wo es hinging. Nach dem Willen der polnischen Militärverwaltung sollten die Bewohner über die Neiße begleitet und mindestens 10 Kilometer ins Landesinnere der nunmehrigen Sowjetischen Besatzungszone verbracht werden. Meist aber wurden sie nur bis zur Neiße „begleitet“ und dann ihrem Schicksal überlassen. Zuvor wurde noch die mitgenommene Habe inspiziert und Wertgegenstände abgenommen. Berittene polnische Soldaten mit umgehängten Maschinenpistolen „bewachten“ den Zug und schauten, dass tatsächlich nur Rucksäcke, Handtaschen und kleine Leiterwagen mit auf die Reise gingen und keiner aus dem Zug ausscherte.

Ein unaufhörlicher Menschenstrom ergoss sich auf das jenseitige Neißeufer. Insbesondere die Städte hatten einen riesigen Flüchtlingsansturm zu bewältigen, wo zwar grundsätzlich mehr Wohnraum zur Verfügung stand, aber auch dieser bald hoffnungslos überbelegt war. Krankheiten brachen aus und verbreiteten sich rasend schnell. Die Kreisstadt Zittau, die Flüchtlingsströme aus dem Sudetenland, das heißt der Tschechoslowakei, sowie aus Schlesien, das nunmehr unter polnischer Verwaltung stand, koordinieren musste, wurde von den Ereignissen überrollt.³ In Zittau, das 1939 etwa 40.000 Einwohner zählte, drängten sich nun mehr als 150.000 Menschen.⁴

Die Flüchtlinge aus Seitendorf wurden zunächst nach Hirschfelde gelenkt, wo man ihnen die Turnhalle zur Verfügung gestellt hatte. Aber das war natürlich keine dauerhafte Lösung. Rasch schwärmten die ersten aus, um irgendwo freien Wohnraum ausfindig zu machen. Jedes Zimmerchen wurde genutzt und war rasch überbelegt. Mitunter waren

auch individuelle Entscheidungen getroffen worden, bei denen Verwandtschaft oder auch der pure Zufall eine Rolle spielte. Und auch gänzlich irrationale Überlegungen bildeten die Entscheidungsgrundlage, wie bei der Familie Schubert aus Reichenau, die erst zu Verwandten nach Zittau ging, dann noch einmal zurück in das verwüstete Gehöft zog, aber wenige Wochen später mit dem Zug Richtung Naumburg/Saale verbracht wurde und schließlich in einem Dorf bei Zeitz landete. Dort besorgte man sich eine Karte und entdeckte, dass es bei Ohorn einen Gickelsberg gab. Der Gickelsberg kam ihnen vertraut vor, einen solchen hatten sie selbst am Ortsrand gehabt. Also entschied der Großvater, dorthin gehen wir, dort ist ein Stück Heimat.

Für die Dorfbewohner von Blumberg, Rusdorf und einige weitere wurde Ostritz zur Anlaufstelle. Das Städtchen war seit Jahrhunderten das Zentrum der Klosterherrschaft St. Marienthal. Hier befand sich neben der katholischen Pfarrkirche für die umliegenden Dörfer auch eine evangelische Pfarrkirche.

Denn auch in kirchlicher Hinsicht wies der Zittauer Zipfel eine Besonderheit auf: Neben der mehrheitlich evangelischen Bevölkerung bekannte sich mehr als ein Drittel zum katholischen Glauben, da die Bevölkerung in den ehemaligen grundherrlichen Dörfern des Klosters St. Marienthal an der Neiße nach der Reformation am alten Glauben festgehalten hatte.⁵

Außerdem befand sich flussabwärts unterhalb des Zisterzienserinnenklosters St. Marienthal auf dem rechten Neißeufer, kurz unterhalb der Wittigmündung in die Lausitzer Neiße mit dem Freiweltlichen evangelischen Damenstift Joachimstein eine weitere monastische Einrichtung. 1722 gegründet, ereilte es 1815 das erste Mal das Schicksal der Teilung. Die vollständige Aufhebung konnte aber nach Intervention des sächsischen Königs noch einmal abgewendet werden.⁶ Erst die abermalige territorialpolitische Neuordnung 1945 mit der Grenzziehung entlang der Lausitzer Neiße besiegelte das Schicksal des Stifts und nötigte auch die meist schon hochbetagten Stiftsdamen zum Verlassen des Stifts.⁷

Von den nun einsetzenden Vertreibungen waren aber nicht lediglich die evangelischen Stiftsdamen betroffen, sondern die gesamte deutsche Bevölkerung des Zittauer Zipfels wurde zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen.⁸

Aber anders als noch vor knapp dreihundert Jahren, als nach 1648 im Zuge der Gegenreformation in Schlesien die zuerst vertriebenen Pfarrer oft zur Orientierung für den Nachzug der Kirchgemeindemitglieder dienten,⁹ bilde-

3 Irina Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945-1952. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration, Frankfurt a. Main 2001.

4 Manfred Wille, Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente Teil 1: Ankunft und Aufnahme 1945, Wiesbaden 1996, S. 247.

5 Birgit Mitzscherlich, Die (Stifts-)Pfarreien östlich der Neiße: Grunau, Königshain, Reichenau und Seitendorf 1835-1920, in: Stätten und Stationen religiösen Wirkens. Studien zur Kirchengeschichte der zweisprachigen Oberlausitz, hrsg. von Lars-Arne Dannenberg/Dietrich Scholze, Bautzen 2009, S. 295-313.

6 Karl Heinz Großer, Stift Joachimstein und seine Güter, Olbersdorf 2012; Jan Bergmann, Die Statuten des Stifts Joachimstein, Olbersdorf 2013

7 Hans Caspar von Wiedebach und Nostitz-Jänkendorf, Stift Joachimstein, in: Deutsches Adelsblatt 20/7 (1981), S. 150-152; Großer, Karl Heinz: Stift Joachimstein – ein Rückblick, in: Schicksalsbuch des Sächsisch-Thüringischen Adels 1945. Bd. 2, hrsg. von Agnes und Henning von Kopp-Colomb, Limburg a.d.Lahn 2005, S. 267-278.

8 Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hrsg.), Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Unsere Heimat ist ein fremdes Land geworden. Dokumente aus polnischen Archiven, Bd. 4: Wojewodschaft Breslau (Niederschlesien), Marburg 2004.

9 Vgl. mit sämtlicher einschlägiger Literatur Lars-Arne Dannenberg/Matthias Donath/Eike Thomsen/Wojciech Wagner: „Herr, Gott, Du bist unsere Zuflucht für und für.“ Grenz- und Zufluchtskirchen Schlesiens, Olbersdorf 2014.

Aufenthaltsgenehmigung
mit Lebensmittelkarte
auf der Rückseite
© Sammlung Tilo Böhmer, Ostritz



Marienthal

Gültig bis: auf unbest. mit
ohne Verpflegung

Nr.	Name	Beruf	Geboren	Heimat	Jetzige Wohnung
1.	Künze Kunze	Kampfarbeiter	20.6.78.	Marienthal	Gärtzgr. 116
2.	Künze geb. Kunze	Chorist	28.11.73.	"	"
3.	Künze Kunbold	Bauarbeiter	19.6.74.	"	Bellig. L. 39.
4.	Künze geb. Kunze	St. Hilfe	2.2.75.	"	Gärtzgr. 116.
5.	Künze Martha	Geschäftsg.	11.10.26.	"	"

ten nun die Kirchgemeinden keinen Hort des dörflichen Zusammenhalts mehr. In den Erinnerungen der Vertriebenen waren die Kirchen bei der Aufnahme der Flüchtlinge nicht von Bedeutung. Das lag vielleicht auch daran, dass den Kirchen generell in der neuen Gesellschaftsordnung keine Aufgaben mehr zugeordnet waren.

Viele Vertriebene kannten die Stadt, hatten Verwandtschaft hier. Dennoch war es nicht so einfach, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen, denn sowohl der Wohnraum war knapp, vor allem aber gestaltete sich die Versorgung schwie-

rig. Hunger war ein ständiger Begleiter, und Schmalhans war Küchenmeister. Selbst bei Verwandten war kein einfaches Unterkommen, da alles zentral geregelt wurde, und man nicht einfach eine Aufenthaltsgenehmigung erhielt.

Dennoch gab es keine Anfeindungen, etwa derart, dass man sich zurück scheren sollte. Man sprach die gleiche Sprache, dasselbe Idiom, man kannte sich aus der Kirchgemeinde, man war verwandt. „Man fiel nicht auf“, höchstens durch besonders abgewetzte Hosen, da man nur die eine gerettet hatte, die man gerade am Leibe trug. Aber das ging vielen anderen genauso.

Im Vergleich zu Schlesien oder gar Ostpreußen ergab sich für die Vertriebenen entlang der Neiße dennoch die besondere Situation, dass die zurückgelassenen Güter aber auch der mobilen Habseligkeiten nur „einen Steinwurf“ hinter der neuen Grenzlinie lagen. Nicht wenige konnten ihre Güter vom Ostritzer Galgenberg bzw. Hutberg aus sehen. So versuchten einige Flüchtlinge noch den Sommer und Frühherbst 1945, an Teile ihrer Habe zu gelangen, und beauftragten besonders mutige Jugendliche, wenigstens einige Gegenstände herüberzuholen. Es hatten sich regelrechte Gruppen herausgebildet, die sich in den Dörfern auskannten und meist in den Abend- und Nachtstunden loszogen. Selbst Nutztiere, wie Kühe oder Pferde, wurden über die Neiße gebracht. Freilich war dies nicht immer von Erfolg gekrönt. Das war natürlich gefährlich, denn sowohl die polnischen als auch die sowjetischen Soldaten schossen auf die „Grenzgänger“. Wer erwischt wurde, dem drohte derartige Prügel und Misshandlungen, dass er an den Verletzungen starb, wie Gotthard Ebermann. Oft ging es auch den umgekehrten Weg, indem man den Kindern und Jugendlichen Radios, Fotoapparate und ähnliche entbehrliche Tauschobjekte mitgab, damit diese sie auf polnischer Seite gegen Lebensmittel, ein bisschen Speck und Kartoffeln oder auch Zigaretten eintauschten. Dieses „Abenteuer“ dauerte aber nur Sommer und Herbst 1945, dann war es vorbei. Allmählich zogen Polen in die Häuser ein, die bis dahin nur spärlich besetzt waren.

Auch waren nicht alle Deutschen sofort ausgezogen. Einige wurden sogar zum Bleiben gezwungen, die der Versorgung dienten, wie Müller, Bäcker, Fleischer oder Lokführer in der nahe gelegenen Grube des Kraftwerks von Türchau (Turów).

Für diese „Zurückgebliebenen“ waren nun zeitweilig sogar zwei Kommandanturen zuständig, denn in den großen Dörfern, wie in Seitendorf, gab es eine sowjetische und eine polnische Kommandantur. Beide Seiten, Polen und Russen, arbeiteten jedoch nicht mit-, sondern eher gegeneinander. Die Deutschen nutzten diese Situation, wenn Soldaten der einen Besatzungsmacht es gar „zu wild trieben“, willkürlich plünderten, Frauen vergewaltigen wollten und dergleichen. Dann alarmierte man flugs die jeweils andere Kommandantur, damit diese dagegen vorgeht, was auch prompt geschah.

Im Oktober 1945 waren nämlich die ehemaligen deutschen Gebiete aus der polnischen Verwaltungsorganisation ausgegliedert und dem eigens geschaffenen „Ministerium für wiedergewonnene Gebiete“ unterstellt worden.¹⁰ Erst jetzt setzte eine allmähliche Besiedlung der Höfe und Häuser

durch polnische Umsiedler ein. Viele dieser sog. polnischen Repatrianten wurden nunmehr ihrerseits an die neue polnische Westgrenze umgesiedelt, wo sie in den von den Deutschen verlassenen Städten und Dörfern eine neue Heimat finden sollten. Auch für sie war es eine Ankunft in einem fremden Land.

Dazu wurden Anfang 1946 auf polnischer Seite die gesetzlichen Grundlagen zur Konfiszierung des früheren deutschen Besitzes geschaffen, wie das „Gesetz betreffend die Übernahme der Grundzweige der nationalen Wirtschaft in das Eigentum des Staates“ vom 3. Januar 1946 oder das „Dekret über die Beschlagnahme des Vermögens der Staaten, die sich in den Jahren 1939-1945 mit dem polnischen Staat im Kriegszustand befanden, und des Vermögens von juristischen Personen und Bürgern dieser Staaten sowie über die Zwangsverwaltung dieser Vermögen“ vom 15. November 1946.¹¹

Daher verwundert es nicht, dass nach den Erinnerungen der Vertriebenen bis in den Herbst 1946 nur sehr wenige Häuser von Polen bewohnt waren. Die meisten Häuser standen leer. Erst ab 1947 kam es dann zu einem rasch einsetzenden Zuzug von Polen.

Da es sich nicht um ursprünglich polnisches, nicht einmal gemischt besiedeltes Gebiet gehandelt hat, gab es auch keine polnische Entsprechung der Ortsnamen. Anfangs bemühte man sich um eine polnische Übersetzung oder zumindest ähnlich klingende Namen, wie etwa auch im Fall von Görlitz, dessen auf dem östlichen Neißeufer gelegener, nunmehr polnischer Stadtteil erst Zgorzelice hieß, eher er 1946 in das bis heute amtliche Zgorzelec umbenannt wurde.¹² In dieser zweiten Polonisierungswelle wurden häufig Phantasienamen mit altpolnischem Namengut erfunden, wie Mirsk (Friedeberg am Queis). Oder es wurde, insbesondere bei Straßennamen, an das alte polnische (aber eben auch schlesische) Fürstengeschlecht der Piasten erinnert.¹³ Dadurch sollte der Anspruch auf die historisch zu Polen gehörigen Gebiete dokumentiert werden, der 1948 seinen Höhepunkt mit der „Ausstellung der wiedergewonnenen Gebiete“ in Breslau und der Errichtung der Nadel vor der Jahrhunderthalle hatte. Dass der Zittauer Zipfel nie Bestandteil Schlesiens war, stets zu Sachsen gehört hatte und auch keine polnische Bevölkerung besaß, spielte dabei keine Rolle. Das Gebiet wurde administrativ der Woiwodschaft Wrocław zugeordnet und galt als Teil des nunmehr polnischen Schlesiens.

Auf deutscher Seite wurden die Probleme bei der Integration der Flüchtlinge zunächst nicht erkannt. Erst im September 1945 wurde in Berlin die „Zentralverwaltung für deutsche Um-

10 Vgl. Stanislaw Ciesielski (Hrsg.), Umsiedlung der Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten nach Polen in den Jahren 1944-1947, Marburg 2006.

11 Vgl. dazu Niels von Redeker, Die polnischen Vertreibungsdekrete und die offenen Vermögensfragen zwischen Deutschland und Polen, Frankfurt a. Main 2003.

12 Elżbieta Opiłowska: Erinnerungen an den Anfang, in: Martina Pietsch (Hrsg.): Heimat und Fremde. Migration und Stadtentwicklung in Görlitz und Zgorzelec seit 1933, Görlitz 2010, S. 78.

13 Vgl. dazu die Studie zu den nördlich gelegenen Gebieten von Beata Halicka, Polens Wilder Westen. Erzwungene Migration und die kulturelle Aneignung des Oderraums 1945-1948, Paderborn 2013.

Die Villa des früheren Lederfabrikanten Heinrich Berger auf der Görlitzer Straße in Ostritz wurde nach Kriegsende bis etwa 1949 von der sowjetischen Militärkommandantur genutzt.
© Sammlung Tilo Böhmer, Ostritz



siedler“ (ZVU) gegründet, wobei hier bereits die künftige zentralistische Struktur in der SBZ/DDR deutlich wird. Von der ZVU wurde nunmehr konsequent die verharmlosende Bezeichnung „Umsiedler“ für die Flüchtlinge und Vertriebenen zum allgemeinen Sprachgebrauch erhoben. Im Herbst 1948 wandelte sich die Vertriebenenpolitik grundlegend. Die ZVU wurde faktisch aufgelöst und in stark verminderter Stellenzahl in die allgemeine Verwaltung des Innern integriert, da man der Ansicht war, dass eine eigene Umsiedlerbürokratie den Integrationsprozess eher behindern statt fördern würde. Mit Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 und dem Plan zur „Einbürgerung der Umsiedler in die Deutsche Demokratische Republik“ vom Herbst 1949 sowie dem Umsiedlergesetz vom 8. September 1950 wurde die Vertriebenenproblematik von staatlicher Seite offiziell für beendet erklärt.¹⁴

Insofern verbietet es sich, die Vertriebenen des Zittauer Zipfels hinsichtlich ihrer Erfahrungen und Befindlichkeiten mit vertriebenen Schlesiern, Ostpreußen usw. „über einen Kamm zu scheren“. Sie waren oftmals nur auf das gegenüberliegende Flussufer gezogen, sie hatten engste Familienkreise auf dem jenseitigen Ufer, und sie konnten auf ihre früheren Höfe schauen. Wie gingen sie mit dem Verlust von Besitz und Heimat um?

Bis heute mangelt es an einer Studie zu den spezifischen Verhältnissen im Zittauer Zipfel. Diese Lücke wurde lediglich zu einzelnen Ortschaften in Form von nostalgischer Erinnerungs- und Heimatliteratur ohne jegliche wissenschaftliche Fragestellung oder Intention gefüllt, die freilich eine unreflektierte Perspektive – zumeist aus der Sicht von Betroffenen – auf die Ereignisse wiedergibt. Die Besonderheiten des Zittauer

Zipfels verlieren sich dabei in Gemeinplätzen und werden zumeist unter Schlesien subsumiert. Selbst jüngere Publikationen mit einem stärker lokalen Fokus negieren den besonderen Umstand dieses Vertreibungsgebiets, das territorial zu Sachsen gehörte. Und es ist bemerkenswert, dass bislang keine Studie eruiert oder gar analysiert hat, welche Auswirkungen das Görlitzer Abkommen, das die DDR und die Volksrepublik Polen 1950 schlossen und das die „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ festlegte, auf die mentalen Befindlichkeiten der an der Neiße lebenden Vertriebenen hatte. Wie Erinnerungen und Aufzeichnungen jedoch andeuten, stellte das Görlitzer Abkommen eine schmerzhaft Zäsur dar, weil es den Verlust der Heimat sanktionierte. Im Süden des Zipfels gähnt heute ein riesiges Loch. Mehrere Orte sind nach 1947 dem Tagebau Turów zum Opfer gefallen, der zu den größten polnischen Energieversorgern gehört und ca. 15 Prozent des gesamten polnischen Energiebedarf deckt. So mussten sukzessive Türchau, Friedersdorf und Reibersdorf weichen. Das Dorf Gießmannsdorf wurde bereits in den 1930er Jahren devastiert und gehört deshalb nicht zu den Orten im Zusammenhang von „Flucht und Vertreibung nach 1945“. Wertvolle historische Bausubstanz wurde dabei zerstört, wie Schloss Reibersdorf, das über Jahrhunderte Sitz einer der vornehmen Oberlausitzer Standesherrschaften war. Die großflächige Devastierung ist auch vor dem Hintergrund der Auslöschung deutschen Kulturgutes zu hinterfragen. Nunmehr widmet sich ein durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien gefördertes Forschungsprojekt „Ich konnte meinen Hof doch sehen, tagein, tagaus“. Umsiedlung, Flucht und Vertreibung im Zittauer Zipfel 1945 bis 1952“ diesen Ereignissen.¹⁵

14 Vgl. Manfred Wille, Die verordnete Einbürgerung von 4 Millionen Vertriebenen in die Gesellschaft der SBZ/DDR – ein zentrales Dokument zur „Umsiedlerpolitik“ der SED in den ersten fünf Nachkriegsjahren, Magdeburg 1998, und Stefan Donth, Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945-1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED, Köln/Weimar/Wien 2000.

15 Vertriebene aus dem Zittauer Zipfel sind aufgerufen, sich beim Verfasser zu melden, um ihre Erfahrungen und Erlebnisse zu dokumentieren.